



## Plenarprotokoll

### 68. Sitzung

Donnerstag, 10. Dezember 2020

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches .....</b>	8078	Andreas Wild (fraktionslos) .....	8094
<b>Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde .....</b>	8078	Marcel Luthe (fraktionslos) .....	8094
1 <b>Aktuelle Stunde .....</b>	8079	Regierender Bürgermeister Michael Müller .....	8097
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Ergebnis .....	8102
<b>Mit Solidarität und Umsicht gegen die     Pandemie: Mit der Impfstrategie und     gutem Infektionsschutz – zuerst und vor     allem für besonders gefährdete Gruppen ..</b>	8079	<b>9 A    Vierzehntes Gesetz zur Änderung der     Verfassung von Berlin .....</b>	8102
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)		Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 9. Dezember 2020 Drucksache <a href="#">18/3232</a>	
in Verbindung mit		zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">18/3179</a>	
43 <b>Vierzehnte Verordnung zur Änderung     der SARS-CoV-2-     Infektionsschutzverordnung .....</b>	8080	Zweite Lesung in Verbindung mit	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">18/3204</a>		<b>25 A    Zweite Änderung der Geschäftsordnung     des Abgeordnetenhauses von Berlin (GO     Abghs) .....</b>	8103
Silke Gebel (GRÜNE) .....	8080	Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 9. Dezember 2020 Drucksache <a href="#">18/3234</a>	
Burkard Dregger (CDU) .....	8082		
Raed Saleh (SPD) .....	8083		
Georg Pazderski (AfD) .....	8085		
Carsten Schatz (LINKE) .....	8087		
Florian Kluckert (FDP) .....	8089		
Lars Düsterhöft (SPD) .....	8091		
Florian Kluckert (FDP) .....	8091		
Andreas Wild (fraktionslos) .....	8092		
Antje Kapek (GRÜNE) .....	8092		
Andreas Wild (fraktionslos) .....	8092		
Christian Gräff (CDU) .....	8094		

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP	Regierender Bürgermeister
Drucksache <a href="#">18/3180</a>	Michael Müller ..... 8117
Torsten Schneider (SPD) ..... 8103	Marc Vallendar (AfD) ..... 8117
Paul Fresdorf (FDP) ..... 8104	Regierender Bürgermeister
Sven Rissmann (CDU) ..... 8105	Michael Müller ..... 8117
Steffen Zillich (LINKE) ..... 8107	Andreas Otto (GRÜNE) ..... 8117
Marc Vallendar (AfD) ..... 8108	Regierender Bürgermeister
Daniel Wesener (GRÜNE) ..... 8109	Michael Müller ..... 8117
Paul Fresdorf (FDP) ..... 8111	
Ergebnis ..... 8111	
<b>2 Fragestunde</b> ..... 8112	<b>Breitbandanbindung der allgemeinbildenden Schulen</b> ..... 8118
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) ..... 8118
	Senatorin Sandra Scheeres ..... 8118
	Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) ..... 8118
	Senatorin Sandra Scheeres ..... 8118
	Regina Kittler (LINKE) ..... 8118
	Senatorin Sandra Scheeres ..... 8118
<b>Verlängerung der Sperrung der Friedrichstraße für den Autoverkehr</b> ..... 8112	<b>Einsatz von Wasserwerfern bei der Querdenker-Demonstration</b> ..... 8119
Tino Schopf (SPD) ..... 8112	Marc Vallendar (AfD) ..... 8119
Senatorin Regine Günther ..... 8112	Senator Andreas Geisel ..... 8119
Tino Schopf (SPD) ..... 8113	Marc Vallendar (AfD) ..... 8119
Senatorin Regine Günther ..... 8113	Senator Andreas Geisel ..... 8119
Oliver Friederici (CDU) ..... 8113	Carsten Ubbelohde (AfD) ..... 8120
Senatorin Regine Günther ..... 8113	Senator Andreas Geisel ..... 8120
<b>Abrissstopp des Cantianstadions</b> ..... 8113	<b>Jahrelang leerstehende Wohnungen in der Habersaathstraße im Bezirk Mitte</b> ..... 8120
Stephan Lenz (CDU) ..... 8113	Katalin Gennburg (LINKE) ..... 8120
Senator Andreas Geisel ..... 8114	Senator Sebastian Scheel ..... 8120
Stephan Lenz (CDU) ..... 8114	Katalin Gennburg (LINKE) ..... 8120
Senator Andreas Geisel ..... 8114	Senator Sebastian Scheel ..... 8120
Stephan Standfuß (CDU) ..... 8114	Harald Gindra (LINKE) ..... 8121
Senator Andreas Geisel ..... 8114	Senator Sebastian Scheel ..... 8121
<b>Unregelmäßigkeiten bei der Bewilligung und der Umsetzung des Zuwendungsprojekts „Berlin hilft“ an das Stadtteilzentrum Steglitz</b> ..... 8115	<b>Sperrung einer Bundesstraße für eine Beerdigung im Clanmilieu</b> ..... 8121
Katina Schubert (LINKE) ..... 8115	Carsten Ubbelohde (AfD) ..... 8121
Senatorin Elke Breitenbach ..... 8115	Senator Andreas Geisel ..... 8121
Katina Schubert (LINKE) ..... 8115	Carsten Ubbelohde (AfD) ..... 8121
Senatorin Elke Breitenbach ..... 8115	Senator Andreas Geisel ..... 8121
	Andreas Otto (GRÜNE) ..... 8121
	Senator Andreas Geisel ..... 8122
<b>Landesbeirat für das Berliner Bildungssystem</b> ..... 8116	<b>Programm zum Klimaschutz des Senats</b> ... 8122
Stefanie Remlinger (GRÜNE) ..... 8116	Danny Freymark (CDU) ..... 8122
Senatorin Sandra Scheeres ..... 8116	Senatorin Regine Günther ..... 8122
Stefanie Remlinger (GRÜNE) ..... 8116	Danny Freymark (CDU) ..... 8122
Senatorin Sandra Scheeres ..... 8116	Senatorin Regine Günther ..... 8122
Stefan Ziller (GRÜNE) ..... 8116	Dr. Michael Efler (LINKE) ..... 8123
Senatorin Sandra Scheeres ..... 8117	Senatorin Regine Günther ..... 8123
<b>30-jähriger Coronatoter</b> ..... 8117	<b>Maßnahmen gegen Vereinsamung in weiteren Lockdownwellen</b> ..... 8123
Marc Vallendar (AfD) ..... 8117	Emine Demirbüken-Wegner (CDU) ..... 8123
	Senatorin Elke Breitenbach ..... 8123

**(Vizepräsidentin Cornelia Seibeld)**

**lfd. Nr. 25 A:**

**Zweite Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (GO Abghs)**

Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 9. Dezember 2020  
Drucksache [18/3234](#)

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP  
Drucksache [18/3180](#)

Der Dringlichkeit hatten Sie bereits eingangs zugestimmt. Ich eröffne die zweite Lesung der Gesetzesvorlage. Ich rufe auf die Überschrift, die Einleitung, die Artikel I und II und schlage vor, die Beratung der Einzelbestimmungen miteinander zu verbinden. – Widerspruch hierzu höre ich nicht. In der Beratung beginnt die SPD-Fraktion und hier der Kollege Schneider. – Bitte schön!

**Torsten Schneider (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss auf ein Ereignis hier in diesem Saal zurückkommen, als sich der Hauptausschuss ohne fachliche Zuständigkeit, aber aufgrund einer Überweisung nun ausgerechnet mit Bildungsfragen zu einer Anhörung getroffen hat. Das Ereignis, das ich meine, waren im Prinzip zwei: Die Meldung aus Hamburg, dass das dortige Verwaltungsgericht zu der Einschätzung gekommen ist, nach über sieben Monaten läge ein Fall legislativen Unterlassens vor, dass es keine hinreichende gesetzliche Regelung für die Bewältigung der Pandemie gäbe. Das ist dann später vom OVG mit Zeitgewinn vorläufig eingesammelt worden.

Die andere Einschätzung, heute will ich mal das Organ nicht nennen, das habe ich nun schon gesagt, war: Was soll das denn eigentlich sein? Das Parlament soll sich mal nicht so haben. Dann sagt eben der Präsident, das wäre nicht das erste Mal, eine Parlamentssitzung ab.

Der Widerspruch zwischen diesen beiden Einschätzungen ist fulminant. Wir haben uns heute hier verabredet, den richtigen Weg zu gehen. Es geht nicht nur darum, dass wir hier die politischen Debatten führen im Angesicht der Opposition, auch eingeschlossen skurrile Debattenbeiträge aushalten. Das ist nämlich wesentlich für eine Demokratie. Es geht darum, dass wir in einer pandemielevanten Situation in höchster Not waren und dass die Einschläge in der Judikative und in der Legislative, jenseits von etwaiger Eitelkeit, kurz vor einem Kippunkt waren, dass es keine Rechtsgrundlagen mehr gibt, steuernd einzugreifen. Das führte auch zu meiner Kritik am Fraktionsvorsitzendenkollegen im Deutschen Bundestag der CDU, der dieses Thema auf die nächste Pandemie verschieben wollte. Das hat sich jetzt geklärt.

Der Deutsche Bundestag hat das Infektionsschutzgesetz novelliert, und ohne ihn wäre es nicht gegangen. Damit hat er grundsätzliche Entscheidungen getroffen. Bei aller Kritik, ich habe die wissenschaftlichen Beiträge im Anhörungsverfahren noch nicht alle gelesen, aber sie sind nicht unbeachtlich. § 28a hat zunächst einmal politisch eine Strategie für die gesamte Bundesrepublik festgelegt. Wir brechen Infektionswellen, wir reiten sie nicht. Das ist vom Bundesgesetzgeber entschieden, und das ist nicht der Abs. 5, den der Kollege Luthe adressiert hat. Das ist Abs. 3 des § 28a Infektionsschutzgesetz. Es ist nicht irgendein Annex, sondern es ist eine politische Zielvorgabe mit der denkbaren Konsequenz, dass ungeeignete Maßnahmen möglicherweise auf gar keiner rechtlichen Anspruchsgrundlage bestehen. Das muss jedem klar sein, der Entscheidungen trifft. Das bedeutet – und das unterscheidet uns neben vielen anderen Punkten zum Beispiel von Ihnen in der AfD, aber bedauerlicherweise auch von der FDP –: Politische Führung muss, je ernster eine Krise ist, desto professioneller und emotionsfreier führen. Sie muss insbesondere die Kraft aufbringen, sich zu korrigieren. Dazu gehört auch, dass wir uns alle von jeder Eitelkeit befreien, nach dem Motto: Das haben wir doch damals schon gesagt oder jenes gewusst. Da gibt es noch ein infernales Missverständnis, das ich im Nachgang zu dieser Sitzung, zu dieser Anhörung wahrgenommen habe, dass es nämlich zu einem Eklat im Parlament gekommen sei im Zuge dieser Anhörung, man hätte sozusagen die Bildungspolitik kritisiert. Das sagt nichts über dieses Parlament, aber viel über die, die so etwas aufschreiben.

[Lachen von Paul Fresdorf (FDP)]

Es ist nämlich unsere Aufgabe, zu hinterfragen und professionell abzuwägen. Ich will hinzufügen: Niemand hat die Bildungspolitik oder den Regierenden Bürgermeister oder die Ministerpräsidenten kritisiert.

[Heiko Melzer (CDU): Na ja!]

Wir haben Fragen gestellt, und ich will das sagen, was der Regierende Bürgermeister bei uns in der Fraktion auch schon gesagt hat: Es ist ein großer Erfolg, und es ist die fulminante Aufgabe, in jedem Politiksektor das Maßgebliche für das jeweilige Politikfeld zu formulieren und zu vertreten.

**Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:**

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vallendar?

**Torsten Schneider (SPD):**

Ich gestatte keine Zwischenfragen. – Es ist diese Aufgabe, und unsere Bildungspolitiker jenseits der einen oder anderen Argumente, wo wir Meinungsverschiedenheiten haben – – Ich habe mir eigentlich vorgenommen, das heute hier nicht auszutragen.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Zum Thema, Herr Kollege! ]

**(Torsten Schneider)**

– Ich rede über die parlamentarische Beschlussfähigkeit, die wir heute hier sicherstellen und warum die so erforderlich ist. – Eine Wortmeldung allerdings heute, dass die Einschätzung der gesamten Wissenschaft in Deutschland aus der Zeit gefallen sei, lasse ich mal so im Raum stehen, weil sich dahinter möglicherweise ein Missverständnis verbirgt, nämlich Politik gegen alle zu machen, gegen die Gewerkschaften, gegen die Schüler, die Elternvertreter und jedes Wissenschaftsinstitut Deutschlands, sei es Leibniz, Helmholtz, es fallen mir gar nicht alle ein, Charité usw., die uns jetzt sagen: Es besteht neuer Handlungsbedarf. Die Kraft und die Abwägung bestehen darin, sich zu korrigieren. Der Bundestag hat gesagt, wo es hingehet. Bei einer Inzidenz über 35 müssen schnelle Maßnahmen ergriffen werden, davon runterzukommen.

[Andreas Wild (fraktionslos): Aberglaube!]

– Sie haben gar keinen Glauben, das glaube ich jedenfalls!

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Bei einer Inzidenz von 50 oder höher pro 100 000 Einwohner müssen nachhaltige Maßnahmen zur Eindämmung getroffen werden. Von einer Inzidenz von 200 oder irgendetwas anderem hat der Gesetzgeber in seiner Einschätzungsprerogative keinen Gebrauch gemacht, deshalb sind die parlamentarischen Entscheidungen strukturprägend. Sie sind bindend. Und damit das jetzt hier nicht wieder irgendwie missverstanden wird: Ich lobe die Bildungs- und Wissenschaftspolitikerinnen unserer Fraktionen ausdrücklich, und auch die Bildungssenatorin. Denn was sie im Sommer und darüber hinaus geleistet haben – Steuerungsmechanismen für den politischen Anspruch: Wir wollen Schulbildung! – sicherzustellen, das ist bundesweit maßstabprägend.

[Mario Czaja (CDU): Bringen Sie mal die Kreide nach vorne!]

Heute sind wir aber eben an einem neuen Bewertungspunkt. Wir sind an der strategischen Entscheidung: Folgen wir dem Deutschen Bundestag? Fahren wir über Monate mit Halbheit? – Das müssen Sie in der FDP für sich aufklären: Wie Sie die Shoppingmalls öffnen wollen, den Einzelhandel offen halten wollen, die Schulen offen halten wollen – das ist so unplausibel wie die Wortbeiträge aus dem Off dort hinten, die ja gar nicht einlassungsfähig sind. Das müssen Sie für sich bewerten.

[Beifall bei der SPD –  
Paul Fresdorf (FDP): Mäßige dich mal bitte!]

Oder kommen wir zu der Einschätzung: Nein, es ist für die Wirtschaft, es ist für die Gesundheit, es ist für das politische Selbstverständnis bis hin zum gesellschaftsrelevanten Verfangensvermögen solcher Thesen, die hier von den Gegnern unserer parlamentarischen Demokratie vertreten werden, der bessere Weg, konsequent und kurz innerhalb eines Inkubationszyklus – –

[Marc Vallendar (AfD): Die Rede ist fast so verwirrend wie die von Herrn Wild! –

Ulker Radziwill (SPD): Tolle Rede,  
Torsten, mach weiter! –  
Weitere Zurufe von der AfD]

– Sie können mir einfach nicht folgen, intellektuell – das ist Ihr Problem, und deswegen finden Sie das verwirrend!

[Beifall bei der SPD –  
Beifall von Sabine Bangert (GRÜNE), Regina Kittler  
und Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

Deshalb hat die SPD-Fraktion für sich eine Entscheidung getroffen: Wir nehmen Abstand von unseren emotional geführten Debatten. Wir nehmen Abstand von Kritik. Wir blicken gemeinsam nach vorne. Wir kommen zu der Einschätzung – die Zusammenfassung hat unsere bildungspolitische Sprecherin in der letzten Fraktion formuliert –, dass es richtig ist, inklusive des Sektors Schule jetzt zu einem Cut zu kommen, damit all das, was der Regierende Bürgermeister hier vollkommen zutreffend beschrieben hat, nicht eintritt.

Ich füge hinzu: Das hat natürlich auch für dieses Parlament Auswirkungen, dem hier Rechtsverordnungen überwiesen worden sind. Wir werden zu bewerten haben, ob die Vorgaben des Deutschen Bundestags sich auch abbilden.

[Marc Vallendar (AfD): Entscheiden Gott sei Dank nicht Sie, sondern die Wähler!]

Ohne Schaum vorm Mund, ohne Häme, ohne Bezeichnung von Fehlern, sondern in kühler, professioneller Abwägung – gemeinsamer Abwägung, so wie das die Ministerpräsidenten jetzt auch tun: zum Wohle unseres Landes, zum Schutze der Gesundheit; damit solche Tendenzen, die Sie hier personifiziert verkörpern, hier in dieser Bundesrepublik Deutschland nicht mehrheitsfähig werden. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN –  
Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

**Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:**

Dann hat der Kollege Krestel die Gelegenheit zu einer Zwischen- – – Herr Fresdorf die Gelegenheit zu einer Zwischenbemerkung. Entschuldigung! Das ist den Masken geschuldet.

[Paul Fresdorf (FDP): Der andere  
Dicke aus Spandau!]

**Paul Fresdorf (FDP):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Lieber Kollege Torsten Schneider! Ich muss eines einmal deutlich zurückweisen: Du hast in deinem Redebeitrag mehrfach meine Fraktion angesprochen und uns auch in die Nähe von Menschen